

 Bundeskanzleramt

bundeskanzleramt.gv.at

Karl Nehammer
Bundeskanzler

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.907.737

Wien, am 15. Februar 2024

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Steger, Kolleginnen und Kollegen haben am 15. Dezember 2023 unter der Nr. **17391/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „EU-Beitrittsperspektive für den Kosovo“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3 und 6:

1. *Sprechen Sie sich trotz der zunehmenden Spannungen nach wie vor für eine „klare Beitrittsperspektive“ für den von mindestens 78 UN-Mitgliedstaaten (darunter fünf EU-Staaten) nicht anerkannten Kosovo aus?*
 - a. *Wenn ja, für wie realistisch halten Sie diese „klare EU-Beitrittsperspektive“?*
 - b. *Wenn ja, wie kann sich die EU-Aufnahme eines völkerrechtlich umstrittenen Staates, auf den Serbien Anspruch erhebt, positiv auf die Stabilität am Westbal-kan auswirken?*
 - c. *Wenn nein, wieso haben Sie Ihre Position diesbezüglich geändert?*
 - d. *Wenn nein, würden Sie Ihre Aussage, wonach es für den Kosovo eine „klare EU-Beitrittsperspektive“ geben müsse, als Fehler bezeichnen?*

2. *Wie ist es möglich, einen Staat in die EU aufzunehmen, dessen Unabhängigkeit von fünf EU-Mitgliedsstaaten nicht anerkannt wird?*
3. *Wie bewerten Sie den rasanten Aberkennungstrend des Kosovos und den Umstand, dass dadurch mittlerweile weniger als die Hälfte der UN-Mitgliedstaaten das „Territorium“ des Kosovo als unabhängig betrachtet?*
 - a. *Macht dieser Aberkennungstrend eine EU-Mitgliedschaft des Kosovos unwahrscheinlicher oder ist dies irrelevant?*
6. *Gibt es weitere völkerrechtlich umstrittene Staaten bzw. Territorien, für die Sie eine „klare EU-Beitrittsperspektive“ sehen?*
 - a. *Wenn ja, um welche Staaten bzw. Territorien handelt es sich?*

Eingangs wird festgehalten, dass es eine glaubhafte EU-Beitrittsperspektive für alle Westbalkanstaaten braucht, so auch für den Kosovo. Der Kosovo muss allerdings noch viele Reformanstrengungen unternehmen, bevor der EU-Kandidatenstatus verliehen werden kann und schlussendlich die Beitrittsverhandlungen beginnen können. Insbesondere braucht es konkrete Fortschritte im Rahmen des Belgrad-Pristina-Dialogs, um zu einer umfassenden Normalisierung der Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien zu gelangen. Das ist für beide Staaten eine unumgängliche Voraussetzung für einen EU-Beitritt.

Der Westbalkan ist außen- und europapolitische Priorität Österreichs. Vor dem Hintergrund der veränderten Sicherheitslage müssen wir diese Region noch stärker in den Fokus rücken und den EU-Integrationsprozess mit Entschlossenheit voranbringen. Wir dürfen die Region nicht anderen geopolitischen Akteuren überlassen, denn das hätte sowohl für unsere eigene Sicherheit als auch für die Stabilität und Sicherheit in der Region selbst negative Folgen. Durch den regelmäßigen Austausch mit allen Westbalkanstaaten im Rahmen des EU-Erweiterungsprozesses können konstruktive Lösungen für offene Fragen gefunden und so die Stabilität in der Region gestärkt werden.

Der Kosovo steht mit seinem im Dezember 2022 eingereichten Beitrittsantrag erst am Beginn des Beitrittsprozesses. Die weiteren Schritte werden von den zuständigen EU-Institutionen zu setzen sein, wobei der Fortschritt im Normalisierungsprozess ein wesentlicher Faktor ist. Österreich erkennt ebenso wie 21 weitere EU-Mitgliedstaaten den Kosovo an. Ein rasanter Aberkennungstrend unter den VN-Mitgliedstaaten ist nicht zu verzeichnen.

Zu Frage 4:

4. *Wie bewerten Sie die zunehmenden Spannungen im Kosovo, die sogar die Nato dazu veranlasst hat, die KFOR-Truppe um 700 Soldaten aufzustocken?*

- a. *Inwiefern sind die 281 österreichischen Soldaten, die im Kosovo im Einsatz sind, von den Unruhen betroffen?*
- b. *Ist es vorstellbar, dass bei einer weiteren Zunahme der Spannungen auch das österreichische Truppenkontingent im Kosovo aufgestockt wird?*
- c. *Ist es vorstellbar, dass bei einer weiteren Zunahme der Spannungen die österreichischen Truppen im Kosovo abgezogen werden?*

Ich ersuche um Verständnis, dass diese Frage nach den Bestimmungen des Bundesministeriengesetzes 1986 in der nunmehr geltenden Fassung, BGBl. I Nr. 98/2022, nicht Gegenstand meines Vollzugsbereiches ist.

Zu Frage 5:

5. *Haben Sie in den letzten Monaten Vermittlungsgespräche mit Vertretern anderer Staaten rund um den Kosovo geführt?*
 - a. *Wenn ja, wann haben Sie diese Gespräche geführt?*
 - b. *Wenn ja, mit wem haben Sie diese Gespräche geführt?*
 - c. *Wenn ja, welche Position haben Sie in den Gesprächen eingenommen?*
 - d. *Wenn ja, welches konkrete Ziel haben Sie in den Gesprächen verfolgt?*
 - e. *Wenn nein, wieso nicht?*
 - f. *Wenn nein, wurden von Ihnen Vermittlungsgespräche angeboten?*

Die Unterstützung der EU-Perspektive der Westbalkanstaaten einschließlich der Lösung bilateraler Konflikte ist ein Schwerpunkt der österreichischen Außen- und Europapolitik. Österreich unterstützt daher vollumfänglich den Sonderbeauftragten der EU für den Dialog zwischen Belgrad und Pristina, Miroslav Lajčák, und setzt sich darüber hinaus sowohl im Rahmen der EU als auch bei Zusammentreffen mit Drittstaaten regelmäßig und aktiv für die Normalisierung der Beziehungen zwischen Serbien und dem Kosovo ein.

Karl Nehammer

